
Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

Auf Druck der Sowjetunion ließ die DDR tausende ihre Bürger aus der BRD-Botschaft in Prag ausreisen. Der Wochenbericht der Stasi beschäftigt sich damit kaum, beinhaltet aber statistische Details zur Ausreisebewegung.

Seit den 70er Jahren fungierte die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe des Ministeriums für Staatssicherheit (ZAIG) als Schaltstelle der Geheimpolizei. Kernaufgaben dieser Dienst Einheit waren die Auswertung von Informationen und der Erarbeitung von Berichten und Materialien zur Information des Ministers sowie der Partei- und Staatsführung. Diese Tätigkeit ging auf den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 zurück, der das MfS und die SED überrascht hatte.

Die ZAIG fertigte u.a. Wochenberichte an, welche die wichtigsten Ereignisse der vorangegangenen Tage für die Führung des Ministeriums zusammenfassten. Das vorliegende Dokument umfasst den Zeitraum vom 26. September bis zum 2. Oktober 1989.

In dieser Woche wurden während der Montagsdemonstration in Leipzig Stimmen laut, welche die Zulassung des Neuen Forums forderten. Auf Druck der Sowjetunion hin ließ die DDR ihre in die Prager BRD-Botschaft geflüchteten Bürger nach Westdeutschland ausreisen. In verriegelten Zügen konnten schließlich tausende Flüchtlinge aus Prag über die DDR in die BRD gelangen.

Der Wochenbericht beschäftigt sich kaum mit diesen Aspekten, beinhaltet aber statistische Details zur Ausreisebewegung in der DDR und führt einige Beispiele auf.

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 2-37

Metadaten

Dienst Einheit: Zentrale Auswertungs- Datum: 2.10.1989
und Informationsgruppe

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe	Berlin, 2. Oktober 1989
<div>BSU 000002</div>	
<u>WOCHENÜBERSICHT Nr. 40/89</u>	
<u>INHALTSÜBERSICHT:</u>	<u>Seite:</u>
Vorkommnisse gegen die staatliche und öffentliche Ordnung in der Hauptstadt der DDR, Berlin, sowie in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Magdeburg, Erfurt, Leipzig, Cottbus, Potsdam, Halle, Gera, Rostock, Frankfurt/Oder und Dresden	2
Bedeutsame Vorkommnisse in den bewaffneten Organen	6
Zum ungesetzlichen Verlassen der DDR und zu ständigen Ausreisen von Bürgern der DDR nach der BRD und West- berlin	9
Ausgewählte Beispiele des verhinderten ungesetzlichen Verlassens der DDR	15
Vorkommnisse auf dem Gebiet der Volkswirtschaft	16
<u>ANLAGEN:</u>	<u>Anlage:</u>
HINWEIS zum Stand der Realisierung und Sicherung der Inbetrieb- nahme der Investitionsvorhaben zu Ehren des 40. Jahres- tages der Gründung der DDR	1
HINWEIS zu Problemen im Zusammenhang mit Service- und Instand- haltungsleistungen an Personenkraftwagen	2
Weiterer Hinweis über feindlich-negative Aktivitäten gegen den Bau des Reinstsiliziumwerkes Dresden im Zusammenhang mit einem Fürbittgottesdienst in der Auferstehungskirche in Dresden-Plauen	3
HINWEIS über eine Zusammenrottung von jugendlichen/jungerwachsenen Personen am 30. September 1989 auf dem Holzmarkt in Arn- stadt/Erfurt	4

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 2-37

Blatt 2

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

	<div>BSU 000003</div>
	Anlage:
HINWEIS über im Zeitraum vom 2. Oktober bis 8. Oktober 1989 beabsichtigte Einreisen von Persönlichkeiten des poli- tischen und gesellschaftlichen Lebens sowie von Reise- gruppen der BRD und Westberlins in die DDR	5
HINWEIS zum Stand der Durchsetzung der gemäß zentraler Ent- scheidung festgelegten Maßnahmen zur vorbeugenden Ver- hinderung des Mißbrauchs von Reisen von Bürgern der DDR nach der und durch die Ungarische VR zum ungesetz- lichen Verlassen der DDR	6
HINWEISE zum vorläufigen Stand und zu den Entwicklungstendenzen von Antragstellern auf ständige Ausreise nach der BRD und Westberlin (ohne Alters- und Invalidenrentner)	7
ÜBERSICHT zum Stand der Bearbeitung von Rückkehrwünschen ehe- maliger DDR-Bürger (Zeitraum: 1. 1. bis 30. 9. 1989)	8

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

BS:U
000004
2

Vorkommnisse gegen die staatliche und öffentliche Ordnung in der Hauptstadt der DDR, Berlin, sowie in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Magdeburg, Erfurt, Leipzig, Cottbus, Potsdam, Halle, Gera, Rostock, Frankfurt/Oder und Dresden

Analog den vorangegangenen Berichtszeiten setzt sich die Tendenz eines erheblichen Anstiegs von operativ-bedeutsamen Vorkommnissen gegen die staatliche und öffentliche Ordnung in der DDR im Ergebnis der jüngsten massiven Hetz- und Verleumdungskampagne des Gegners weiter fort. In der Woche vom 25. September bis 2. Oktober 1989 wurden 59 derartige Vorkommnisse bekannt (in der Woche vom 18. bis 24. September 1989 - 35), davon Herstellung/Verbreitung von Hetzblättern - 23 und Anbringen von Hetzlosungen (Plakat- und Transparentform eingeschlossen) - 29.

Hauptinhalte von Hetzblättern bzw. Hetzlosungen:

- Sympathie- und Solidarisierungsbekundungen mit der sogenannten Sammlungsbewegung "Neues Forum" (33 Vorkommnisse), häufig verbunden mit Angriffen auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR und Aufforderungen, sich dem "Neuen Forum" anzuschließen. Beachtenswert ist, daß Hetzblätter/Hetzlosungen derartigen Inhalts an öffentlichkeitswirksamen Örtlichkeiten (Fahrbahnen, Fußwege, Schau- u. a. Fenster, Schaukästen von evangelischen Kirchen, Pkw, Mauern) in der Mehrzahl der Bezirke der DDR sowie in der Hauptstadt und auch bereits in mehreren VEB und Ausbildungs- bzw. Wohnstätten der studentischen Jugend verbreitet/angebracht wurden. Mehrfach wurde der bekannte Gründungsaufruf "Aufbruch 89 - Neues Forum" öffentlichkeitswirksam ausgehängt und im Einzelfall zur Unterschriftensammlung aufgefordert (29. September 1989, VEB Werk für Signal- und Sicherungstechnik Berlin-Treptow). Unterschriftsleistungen wurden bisher nicht festgestellt.
- Forderungen nach innenpolitischen Veränderungen in der DDR, mehrfach ultimativ und aggressiv formuliert, insbesondere bezogen auf die Durchführung von "Reformen", die Schaffung von Voraussetzungen für "mehr Demokratie" und "mehr Freizügigkeit" für DDR-Bürger (11 Vorkommnisse), wobei an Einzelbeispielen hervorzuheben sind

das Anbringen von insgesamt 3 Zetteln mit Forderungen nach "Reformen und Demokratie" in der DDR am 28. September 1989 an der Mauer des Kirchenobjektes sowie in 2 Schaukästen der Kirche in Kalbe/Milde (Text identisch mit den Forderungen aus dem Beschluß der 5. ordentlichen Tagung der V. Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 15. bis 19. September 1989 in Eisenach);

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 2-37

Blatt 4

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

BSU
000005

das Anbringen der Losungen: "Kommunikation statt Konfrontation", "Offenheit statt Phrasen", "Für Sozialismus ohne Bevormundung", "Sozialismus ja - Demokratie statt Massenflucht" im Bereich des IGA-Geländes nahe der Stadtgrenze von Erfurt am 30. September 1989;

das Anbringen der Losungen: "Bürger geht auf die Straße" (2,4 m lang) bzw. "Mehr Demokratie" (2,2 m) am 1. Oktober 1989 im Stadtgebiet von Wismar/Rostock.

- Angriffe auf die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung im Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag der Gründung der DDR (6 Vorkommnisse), darunter

des Anbringens der Losung: "40 Jahre DDR - keiner mehr da zum Feiern, 20000 sind ausgereist - wir fordern den offenen Dialog" am 27. September 1989 in einer Halle des VEB Maschinenbau Stendal/Magdeburg.

das Verbreiten von Hetzblättern am 30. September 1989 in den Stadtbezirken Berlin-Prenzlauer Berg und Berlin-Friedrichshain mit dem Text: "40 Jahre DDR - 40 Jahre Auswanderung" durch Ablage in Hausbriefkästen und Hausfluren (bisher 85 Exemplare sichergestellt).

- Angriffe gegen die führende Rolle der SED in der sozialistischen Gesellschaft sowie die Person des Generalsekretärs des ZK der SED (2 Vorkommnisse).

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

4

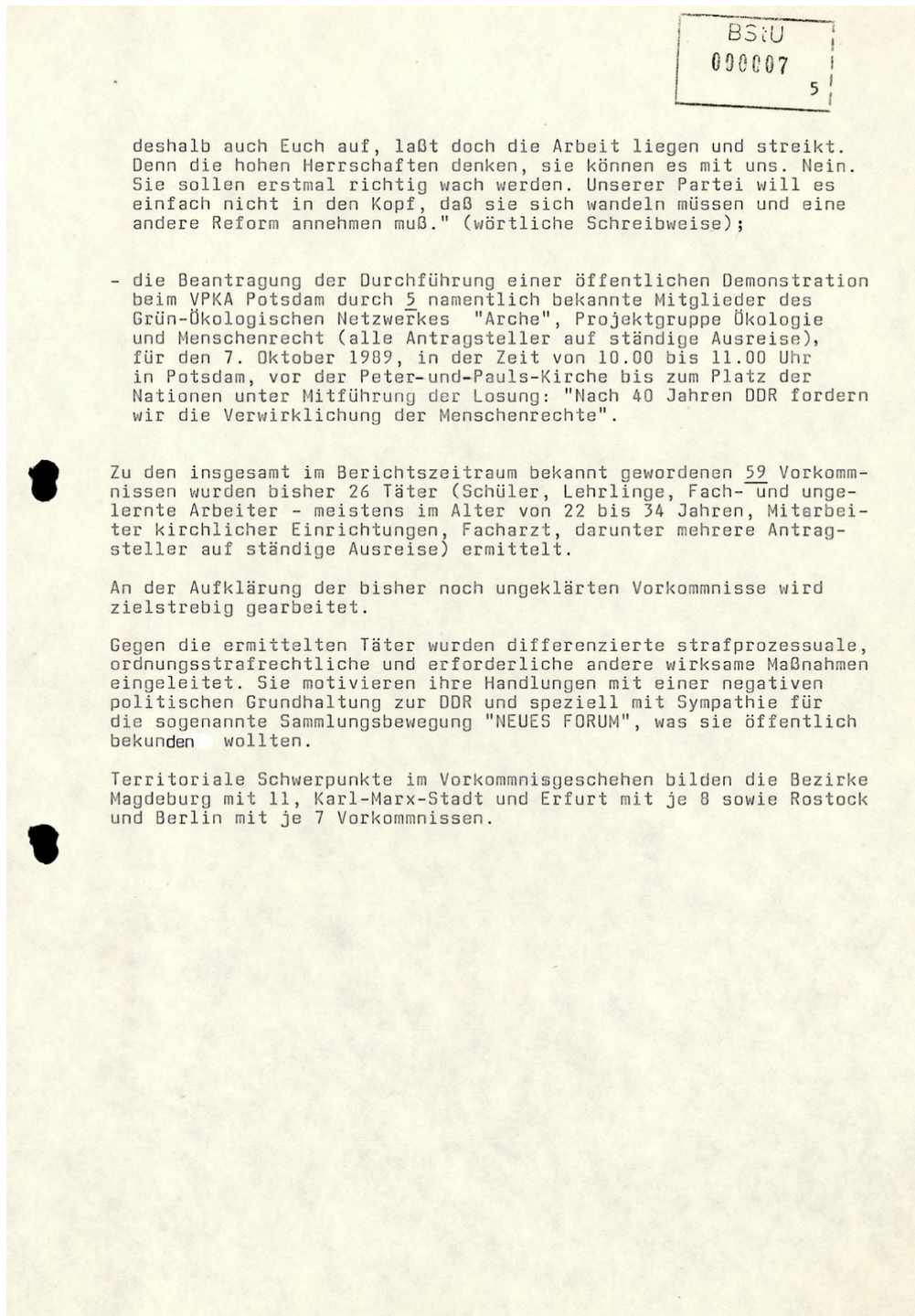
Im Zusammenhang mit den Aktivitäten zur Bildung der sogenannten Sammlungsbewegung "NEUES FORUM" sind unabhängig von den genannten Vorkommnissen des Verbreitens von Hetzblättern/Anbringen von Hetzlosungen folgende 5 provokatorisch-demonstrative Aktivitäten Bedeutens wert:

- Das Wirksamwerden der Erstunterzeichnerin des Gründungsauftrufes "Aufruf 89 - Neues Forum" sowie des Mitglieds des "Friedenskreises Stendal" und der "Koordinierungsgruppe Kernkraft", [REDACTED] am 26. September 1989 im Stadtgebiet von Stendal/Magdeburg mit einer weißen Jacke, auf deren Rückenteil der Text: "Neues Forum. Staatsfeindlich? Menschenfreundlich!" angebracht war;
- die öffentliche Sympathiebekundung einer 22jährigen Theologie-Studentin und eines 22jährigen Arbeiters für das "NEUE FORUM" am 28. September 1989 im D 507 Berlin - Saalfeld. Die Genannte trug einen Pullover, auf dem die Worte: "Gegen das Verbot" angebracht waren, während er sich ein selbstgefertigtes Abzeichen mit der Aufschrift: "Neues Forum braucht das Land" angesteckt hatte;
- das Stellen eines Antrages auf eine Unterschriftensammlung für das "NEUE FORUM" am 29. September 1989 durch einen 34jährigen Futterökonom, tätig in der LPG (T) Kremmen (kirchlich gebunden) beim Bürgermeister der Stadt Kremmen/Oranienburg/Potsdam;
- die Durchführung einer Unterschriftensammlung für das "NEUE FORUM" im Stadtgebiet von Potsdam am 28. September 1989 durch 2 Bürger der DDR aus Potsdam (28, 37, Kraftfahrer bei der HO Potsdam) unter Nutzung einer Abschrift des genannten Gründungsauftrufes und einer selbstgefertigten Unterschriftenliste (insgesamt wurden 12 Unterschriften eingeholt);
- das Tragen von selbstgefertigten großflächigen Aufnähern mit dem Text: "NEUES FORUM 1989" durch 2 DDR-Bürger (18, Lehrling; 27, Hausmeister) am 30. September 1989 während eines Konzertes in der Werner-Seelenbinder-Halle in Berlin-Prenzlauer Berg.

Darüber hinaus sind folgende im Berichtszeitraum bekannt gewordene 2 Vorkommnisse operativ bedeutsam:

- Das Anbringen eines "Streikaufrufes" an der Informationstafel im VEB Schraubenwerk Jambach-Dietharz/Gotha/Erfurt am 26. September 1989 durch einen 23jährigen Lageristen dieses Betriebes mit dem Text: "Hallo Kollegen. Wir dürfen uns nichts mehr gefallen lassen. Auch wir müssen auf die Barrikaden und nicht nur in den großen Städten (z. B. Eisenach, Gotha, Leipzig, Berlin usw.). Wir fordern

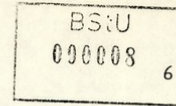
Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4599, BL 2-37

Blatt 7

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

Bedeutende Vorkommnisse in den bewaffneten OrganenFahnenfluchten

Im Zeitraum vom 25. September bis 1. Oktober 1989 wurden insgesamt 6 Angehörige der NVA (unter ihnen ein Offizier auf Zeit) unter Ausnutzung von Reisen nach der Ungarischen VR, der CSSR bzw. auf bisher unbekannte Art und Weise nach Österreich bzw. der BRD fahnenflüchtig.

Im einzelnen:

- I
E
266
- Ein Unterleutnant der NVA (20, Zugführer, Bataillon Materielle Sicherstellung-8 Karow, 8. MSD Schwerin, MB V) auf bisher unbekannte Art und Weise nach Österreich. Er hatte vom 24. bis 27. September 1989 dienstfrei und die Genehmigung erhalten, sich an seinem Wohnort Nordhausen aufzuhalten. Am 27. September 1989 informierte der Vater, daß er ein Telegramm seines Sohnes aus Wien erhalten habe.
 - Ein Unterfeldwebel (22, Leiter der Geschäftsstelle MSR-23 Bad Salzungen, 4. MSD, Mitglied SED) auf bisher unbekannte Art und Weise nach der BRD, nachdem er sich am 3. August 1989 zunächst rechtswidrig in die Botschaft der BRD in Prag begeben, diese jedoch wieder verlassen hatte. Er meldete sich telefonisch aus der BRD.
 - Zwei Unteroffiziere der NVA (21, Mechaniker, Jagdgeschwader-8 Marxwalde, 1. LVD, LSK/LV; 20, Schalt- und Betriebszentrale Wehrbezirkskommando Potsdam) auf unbekannte Art und Weise nach dem nichtsozialistischen Ausland. Beide waren am 24. September 1989 während ihres Urlaubes mit einem Motorrad nach Frankfurt/Oder zum Besuch einer ADMV-Veranstaltung gefahren und sind seither unbekannten Aufenthaltes. Am 25. September 1989 teilte einer der Unteroffiziere seiner Mutter telefonisch mit, daß "er weg wäre".
 - Ein Unteroffizier der NVA (21, Truppenübungsplatz, Ausbildungszentrum-2 Zittau, Offiziershochschule LaSK) während eines Aufenthaltes in der SR Rumänien über die Ungarische VR nach der BRD. Am 24. September 1989 hatte er telefonisch seine Mutter davon in Kenntnis gesetzt, daß er nicht mehr in die DDR zurückkehrt.
 - Ein Soldat der NVA (26, Truppenübungsplatz Haide, Kreis Weißwasser, MB III) auf bisher unbekannte Art und Weise nach der BRD.

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

BS:U 090009	7
----------------	---

Er war am 18. September 1989 aus dem Urlaub nicht in die Dienst-
einheit zurückgekehrt. Eingeleitete Fahndungsmaßnahmen waren
ohne Erfolg. Am 25. September 1989 hatte er seine geschiedene
Ehefrau telefonisch darüber informiert, daß er sich in der BRD
befinde.

Seit 1. Januar bis 30. September 1989 wurden insgesamt 45 (15)*
Angehörige der NVA und der Grenztruppen der DDR nach dem nichtsozia-
listischen Ausland fahnenflüchtig, davon 28 (62 %) seit August
1989 über die Ungarische VR, andere sozialistische Staaten bzw.
auf unbekannte Art und Weise.

Insgesamt befanden sich unter diesen 28 Fahnenflüchtigen

7 Offiziere
(darunter ein Diplommediziner, 2 Zahnärzte, ein Trainer)

1 Offiziersschüler

15 Unteroffiziere

5 Soldaten.

Verhinderte Fahnenfluchten von Angehörigen der NVA

Im Berichtszeitraum konnten insgesamt 5 beabsichtigte Fahnenfluch-
ten durch Festnahmen der Täter verhindert werden.

Bei den Tätern handelt es sich um

- einen Berufsunteroffizier (23, Feldwebel, Ausbildungszentrum
17 Deltitzsch/MB III), beim Versuch, die Staatsgrenze CSSR/Ungari-
sche VR rechtswidrig zu passieren;
- einen Unteroffiziersschüler (18, MSR-24 Erfurt, 4. MSD, MB III),
der gemeinsam mit einer Zivilperson die BRD-Botschaft in Prag
aufzusuchen beabsichtigte, um seine ständige Ausreise zu erzwin-
gen. Seine Festnahme erfolgte im Ergebnis von Filtrierungsmaß-
nahmen des grenzüberschreitenden Verkehrs an der Grenzübergangs-
stelle Schmilka;
- einen Gefreiten der Grenztruppen der DDR (18, Verpflegungszug
GR-34, GKM) durch Festnahme an der Grenzübergangsstelle Bad Schan-
dau beim Versuch, ohne im Besitz gültiger Ausweisdokumente zu
sein, nach der CSSR auszureisen mit dem Ziel, nach der BRD fah-
nenflüchtig zu werden;

* Zahlenangaben betreffen Vorjahreszeitraum 1. Januar bis 30. September 1988

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

BSU 000010 8
<ul style="list-style-type: none">- einen Soldaten (26, MSR-8, Stern-Buchholz, MB V), der gemeinsam mit seiner Ehefrau und seinem Sohn sowie weiteren 2 Zivilpersonen versucht hatte, im Raum Dechow/Gardelegen in das Grenzgebiet einzudringen und die Grenzsicherungsanlagen nach der BRD zu überwinden;- einen Soldaten (26, Panzerregiment-4 Sondershausen, MB III, z.Z. Einsatz in der Volkswirtschaft) beim Versuch, im Raum Wernigerode die Grenzsicherungsanlagen nach der BRD zu überwinden. Seine Festnahme erfolgte nach Hinweis eines Freiwilligen Helfers der VP. <p>Es wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet und Haftbefehle erlassen.</p>

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

BSU
000011
9

Zum ungesetzlichen Verlassen der DDR und zu ständigen Ausreisen von Bürgern der DDR nach der BRD und Westberlin

Gesamtübersicht

Nach vorläufigen Hinweisen sind im Zeitraum vom 25. September bis 1. Oktober 1989 insgesamt

ca. 17 200 Bürger der DDR

mit Aktivitäten des ungesetzlichen Verlassens der DDR nach dem nichtsozialistischen Ausland bzw. ständigen Ausreisen nach der BRD/Westberlin in Erscheinung getreten.
(Damit ergibt sich nach vorläufigen Angaben für Monat September 1989 eine Gesamtzahl der mit diesbezüglichen Aktivitäten angefallenen Personen von ca. 56 000.)

Davon haben

7 954 Personen ihre ständige Ausreise realisiert, darunter 5 120 auf der Grundlage zentraler Entscheidung im Zusammenhang mit ihrem rechtswidrigen Aufenthalt in den Botschaften der BRD in der CSSR (4 300) bzw. VR Polen (820) nach der BRD ausgewiesene Personen.
(Mit Stand vom 2. Oktober 1989 befinden sich bisher erneut insgesamt über 700 Bürger der DDR zur Erzwingung ihrer ständigen Ausreise in den Botschaften der BRD in der CSSR (600), VR Polen (100), Bulgarien (2) bzw. der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR (3).

3 888 Personen einen Antrag auf ständige Ausreise gestellt;

4 132 Personen einen ungesetzlichen Grenzübertritt vollendet, darunter ca. 3 600 Personen über die UVR (damit hat sich die Anzahl der Personen auf ca. 23 600 erhöht, wobei ein Teil der Personen noch nicht identifiziert wurde), 456 unter Ausnutzung des Reiseverkehrs nach nicht-sozialistischen Staaten und Westberlin;

1 221 Personen versucht, die DDR ungesetzlich zu verlassen, darunter

- Festnahme durch die Sicherheitsorgane der CSSR von 624 Personen, beim Versuch, die Staatsgrenze der CSSR - überwiegend nach der UVR - zu überwinden,
- Festnahmen von 401 Personen (überwiegend an den GÜST) wegen des dringenden Verdachts des Verlassens der DDR über die CSSR;
- Festnahmen von 154 Personen beim Versuch, ungesetzlich nach der VR Polen - überwiegend zum Zwecke des Aufsuchens der Botschaft der BRD - zu gelangen.

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 2-37

Blatt 11

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

BSU 000012 10
<u>Vollendetes ungesetzliches Verlassen der DDR</u>
Im Zeitraum vom 25. September bis 1. Oktober 1989 konnten bisher 2 507 (Vorwoche 1 978) Bürger identifiziert werden, die die DDR nach dem nichtsozialistischen Ausland verlassen haben, davon
1 995 Personen unter Ausnutzung der Territorien anderer sozialistischer Staaten, darunter 1 975 über die Ungarische VR;
430 Personen unter Mißbrauch von Privatreisen nach der BRD (405) bzw. Westberlin (25);
56 Personen auf bisher unbekannte Art und Weise;
16 Personen unter Ausnutzung von Touristenreisen, u. a. nach Finnland (3) und den Niederlanden (2);
10 Personen unter Mißbrauch von Dienstreisen nach der BRD (4), Westberlin (3), Angola (2) und Österreich (eine).
Unter den Tätern befinden sich nach <u>vorläufigen</u> Erkenntnissen:
37 Ärzte, darunter 10 Zahnärzte 2 Tierärzte 2 Direktoren 62 Diplomingenieure/Ingenieure 22 Lehrer, einschließlich Hoch-, Fach- und Berufsschullehrer 3 Diplomchemiker 6 Haupt-/Abteilungsleiter 16 Technologen/Konstrukteure 6 Bauleiter/Projektanten 2 Trainer 81 Krankenschwestern/medizinisch-technische Assistentinnen/Krippenerzieherinnen 62 Studenten
sowie je ein(e) Regisseur, Diplomphysiker, Diplompharmazeutin, Diplommathematiker, Diplomphilosoph, Diplommusikwissenschaftler, Diplomgrafiker, Werkleiter und Hygieneinspektor.
Unter diesen Bürgern befinden sich 21 promovierte Personen und 19 Mitglieder der SED.

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

BS:U
000013 11

Ausgewählte Beispiele:

Mißbrauch von Reisen nach sozialistischen Staaten:

- 30 Ärzte, darunter 7 Zahnärzte und 2 Tierärzte, u. a.:

Ein Oberarzt (40, Bezirkskrankenhaus Neubrandenburg, Kinderchirurgie);

ein Stationsarzt (39, Klinik für Chirurgie der KMU Leipzig, SED) mit Ehefrau (37) und Tochter (12);

eine Fachärztin für Kinderheilkunde (34, Klinik für Kindermedizin der KMU Leipzig) mit 2 Kindern (12, 16);

ein Arzt in Facharztausbildung (34, Regierungskrankenhaus, SED) mit Ehefrau (32, Mitarbeiterin, VEB AHB Industrieanlagenimport) und Tochter (4);

ein Ehepaar (31, Assistenzarzt in Facharztausbildung; 31, Krankenschwester, beide Bezirkskrankenhaus Halle; ASTA seit Juni 1989);

eine Zahnärztin (37, Kreiskrankenhaus Oranienburg) mit Ehemann (36, Dr., Diplomphysiker, Zentralinstitut für Elektronik der Akademie der Wissenschaften der DDR) und Sohn (13);

eine Zahnärztin (27, Poliklinik Ilmenau) mit Ehemann (29, Diplomingenieur, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Technische Hochschule Ilmenau) und 2 Kindern (2/6);

ein Tierarzt (31, Kleintierklinik der KMU Leipzig).

- Weitere beachtenswerte Personen, u. a.:

Ein Diplomchemiker (49, Dr., Laborleiter, Bezirksfachkrankenhaus Am See, Waren) mit Ehefrau (39, Invalidenrentnerin);

ein Diplomingenieur (47, Hauptabteilungsleiter, VEB Rationalisierung der Werkzeugindustrie Schmölln, Betriebsteil Gera);

ein Ehepaar (35, Dr., wissenschaftlicher Oberassistent; 27, Leiterin Hauswirtschaft, beide SED und tätig an der Ingenieurhochschule Mittweida) mit Sohn (7);

eine Diplompädagogin (43, Lehrausbilderin für praktischen Unterricht, Sophienkrankenhaus Weimar, ASTA);

ein wissenschaftlicher Mitarbeiter (35, Dr., VE Kombinat Chemische Werke Buna) mit Ehefrau (30, Dr., Hausfrau) und 2 Kindern (2, 9);

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

BSU
000014 12

ein Entwicklungsingenieur (34, Dr., Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Sektion Technische Elektronik);

ein Regisseur (37, Fernsehen der DDR) mit Sohn (11). Seine Ehefrau (), Zahnärztin, nebenberuflich tätig gewesen als Programmsprecherin, Fernsehen der DDR) war im Februar 1989 unter Mißbrauch einer Privatreise in Westberlin verblieben;

ein ehemaliger BahnradSPORTler (39,), tätig als Kellner, Ephraim-Palais Berlin) mit Ehefrau (34, Hausfrau) und Sohn (14);

ein Kfz-Schlosser (21, VEB Autotrans Berlin, von April 1987 bis Juni 1989 Angehöriger des WR "F. Dzierzynski" und seit 1985 Sportreisekader - Sportschütze - für das NSA. Mit Wirkung vom 30. Juni 1989 aus disziplinarischen Gründen aus dem WR entlassen und aus dem Leistungssport ausgeschlossen).

Mißbrauch von Privatreisen nach dem nichtsozialistischen Ausland:

- 9 Ärzte, darunter 3 Zahnärzte, u. a.:

Ein Facharzt (29, Klinik für Kinderchirurgie Karl-Marx-Stadt);

ein Facharzt für Allgemeinmedizin (34, Fachkrankenhaus für Innere Medizin Leipzig) mit Ehefrau (27, Musikerin, Landestheater Dessau) und Kind (1);

ein Arztehepaar (37, Zahnarzt, Poliklinik für Stomatologie Bernburg; 34, Ärztin, Kreiskrankenhaus Bernburg).

- Weitere beachtenswerte Personen, u. a.:

Ein Werkleiter (54, VEB ROBUR-Werke Zittau, Werk 5 Brandis, SED);

ein Diplomingenieur (44, Dr., Forschungsleiter, Brennstoffinstitut Freiberg);

ein Diplommusikwissenschaftler (36, Musikredakteur, Staatliches Komitee für Rundfunk, Radio DDR).

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

BSU 000015	13
---------------	----

Im Zeitraum vom 1. Januar bis 1. Oktober 1989 haben bisher 8 520 Bürger der DDR genehmigte Privatreisen nach dem nichtsozialistischen Ausland zum ungesetzlichen Verlassen der DDR mißbraucht. Unter diesen Bürgern befinden sich 1 040 Personen mit Hochschulausbildung, u. a. 174 Ärzte, 68 Zahnärzte, 202 Lehrer und 120 Personen aus den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie 1 346 Personen mit Fachschulausbildung, darunter 473 aus dem Bereich Gesundheitswesen sowie 156 Personen aus Einrichtungen der Forschung, Entwicklung und Planung.

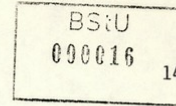
Mißbrauch von Dienstreisen, u. a.:

- Ein Dozent (35, Dr., Hochschule für Ökonomie, SED, z. Z. tätig am Karl-Marx-Institut Luanda/Angola) mit Ehefrau (34). Während des Hinfluges nach Luanda verließen die Bürger bei einer Zwischenlandung in Rom das Flugzeug und kehrten nicht an Bord der Maschine zurück;
- ein Diplomingenieur für Schiffstechnik (36, 1. Technischer Offizier des MS "Naumburg", seit 1980 VEB Deutfracht/Seereederei Rostock) durch Nichtrückkehr von einem Landgang in Bremen/BRD;
- ein Abteilungsleiter (32, Zentralinstitut für Kybernetik der Akademie der Wissenschaften der DDR) nach Österreich;
- zwei Fußballspieler der BSG "Einheit" Nauen (21, Platzwart, Rat der Stadt Nauen; 28, Schlosser, VEB Gummiwerke Brieselang) unter Ausnutzung eines im Rahmen der Städtepartnerschaft organisierten Fußballspieles in Westberlin-Spandau.

Mißbrauch von Touristenreisen, u. a.:

- Drei Passagiere des MS "Arkona" (28, Lehrausbilder, VEB Getriebewerk Gotha, SED; 29, Technologe, VEB Ketten- und Nagelwerke Weißenfels, SED; 19, Vollmatrose, VEB Bagger-, Bugsier- und Bergungsreederei) durch Nichtrückkehr von einem Landgang in Helsinki/Finnland.

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989



Auf bisher unbekannte Art und Weise haben die DDR ungesetzlich verlassen, u. a.:

- Ein Ehepaar (46, Dr., Direktor der POS "DSF" Nauen, SED; 49, Sachbearbeiterin, VEB Landtechnische Industrieanlagen Nauen) mit Sohn (16, Schüler) nach der BRD;
- ein Diplomsportlehrer (26, Trainer im TZ Gewichtheben der ASV "Vorwärts" Leipzig, ehemaliger DDR-Juniorenmeister im Gewichtheben, von 1981 bis 1984 Wehrdienst im WR "F. Dzierzynski") nach Österreich.

Maßnahmen zur Aufklärung der Mitwirkung von Feindorganisationen, der Ursachen, Motive und begünstigenden Bedingungen sowie differenzierte Rückgewinnungsmaßnahmen wurden eingeleitet.

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

BS:U
000017 15

Ausgewählte Beispiele des verhinderten ungesetzlichen Verlassens der DDR

- Am 26. September 1989 erfolgte an der Grenzübergangsstelle Bad Schandau die Festnahme eines Ehepaares aus dem Bezirk Leipzig (40, Dr., Geophysiker, Inspektor, Staatliche Umweltinspektion beim Rat des Bezirkes Leipzig; 39, Pharmazieingenieur, ohne Arbeitsrechtsverhältnis, ASTA). Unter Mitführung umfangreicher persönlicher Dokumente beabsichtigte das Ehepaar gemeinsam mit ihren 2 Kindern (12, 14) in die Botschaft der BRD in Prag/CSSR zu gelangen, um ihre ständige Ausreise nach der BRD zu erzwingen.
- Am 30. September 1989 erfolgte durch die Sicherheitsorgane der CSSR an der Grenzübergangsstelle Pomezí - Staatsgrenze CSSR/BRD - die Festnahme von 2 Bürgern aus dem Bezirk Erfurt (25, Arbeiter, VEB Plastwerk Ruhla; 23, Heizer/Hausmeister, Kreiskrankenhaus Eisenach, Außenstelle Ruhla) beim Versuch, mit einem Pkw, Typ Wartburg, gewaltsam die Grenzsicherungsanlagen nach der BRD zu durchbrechen.
Die Täter fuhren mit hoher Geschwindigkeit gegen einen Schlagbaum der Grenzübergangsstelle, wobei beide Personen schwer verletzt wurden.
- Am 30. September 1989 wurde auf einem Feld zwischen den Ortschaften Aschersleben und Reinstedt, Kreis Aschersleben, Bezirk Halle, ein selbstgefertigter motorgetriebener Flugapparat (Eindecker, Rumpflänge 6,5 Meter, Länge der Tragflächen ca. 8,50 Meter) festgestellt.
Die bisher geführten Untersuchungen ergaben, daß 2 Bürger aus dem Bezirk Halle (35, Landmaschinen- und Traktorenschlosser im Handwerksbetrieb seines Vaters; 40, Zerspaner, VEB Förderanlagen Aschersleben, Mitglied einer Arbeitsgemeinschaft Flugmodellbau) versucht hatten, unter Verwendung des Fluggerätes ungesetzlich nach der BRD zu gelangen. Nach einem offensichtlich mißlungenen Startversuch verließen die Täter den Ereignisort und überwandten im Raum Bad Muskau, Bezirk Cottbus, die Staatsgrenze nach der VR Polen, wo ihre Festnahme durch polnische Sicherheitsorgane erfolgte.
Am 1. Oktober 1989 wurden die Täter in die DDR zurückgeführt und durch das MfS übernommen.

Die Untersuchungen werden fortgeführt.

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

BSU 000018

16

Vorkommnisse auf dem Gebiet der Volkswirtschaft

In der Zeit vom 25. September bis 1. Oktober 1989 ereigneten sich auf dem Gebiet der Volkswirtschaft der DDR insgesamt sieben bedeutende Vorkommnisse (davon vier geklärt).

Im einzelnen:

- Am 26. September 1989, gegen 0.30 Uhr, geriet eine Scheune der LPG (P) Kahlwinkel in Bad Bibra, OT Kalbitz/Nebra/Halle in Brand. Das Gebäude sowie eingelagertes Weizenstroh wurden vernichtet.

Es entstand Sachschaden in Höhe von ca. 109 000,- Mark (ohne Abstimmung mit der Staatlichen Versicherung der DDR).

Wie die Untersuchungen bisher ergaben, ist der Brand mit hoher Wahrscheinlichkeit auf Selbstentzündung des eingelagerten Erntegutes zurückzuführen.

Die weitere Bearbeitung, insbesondere zur Feststellung evtl. personeller Verantwortlichkeiten, erfolgt durch die Deutsche Volkspolizei.

- Am 29. September 1989, gegen 17.45 Uhr, geriet der Dachstuhl eines Jungrinderstalls der LPG (T) Rogäsen/Brandenburg/Potsdam in Brand und wurde vollständig zerstört.

Es entstand Sachschaden in Höhe von ca. 120 000,- Mark (ohne Abstimmung mit der Staatlichen Versicherung der DDR).

Wie die Untersuchungen ergaben, hatten zwei Kinder (9, 11) auf dem Boden des Gebäudes mit Zündhölzern gespielt und dadurch den Brand verursacht.

Die weitere Bearbeitung erfolgt durch die Deutsche Volkspolizei.

- Am 29. September 1989, gegen 16.25 Uhr, kam es in der LPG (T) Glaisin/Ludwigslust/Schwerin zum Brand einer Strohmiete, wodurch ca. 1000 t Stroh vernichtet wurden.

Es entstand Sachschaden in Höhe von ca. 100 000,- Mark (ohne Abstimmung mit der Staatlichen Versicherung der DDR).

Wie die Untersuchungen ergaben, war es infolge eines Defektes an der Auspuffanlage eines in unmittelbarer Nähe zu Verladearbeiten eingesetzten Kranes zur Entzündung des Stroh gekommen.

Die weitere Bearbeitung erfolgt durch die Deutsche Volkspolizei.

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

BS:U 000019

 17

- Am 29. September 1989, gegen 1.45 Uhr, fiel in der Broilermastanlage des VEG Parchim/Schwerin infolge eines Kurzschlusses in einem Lüfter die Belüftungsanlage aus, wodurch ca. 10 500 Broiler verendeten.

Es entstand Sachschaden in Höhe von ca. 75 000,- Mark (ohne Abstimmung mit der Staatlichen Versicherung der DDR).

Die weitere Bearbeitung erfolgt durch die Deutsche Volkspolizei.

Vorkommnisse, an deren Klärung intensiv gearbeitet wird

- Am 26. September 1989, gegen 13.45 Uhr, kam es im VEB Waggonbau Ammendorf/Halle während eines Umfüllprozesses von Bitumen aus einem Tanklastzug in die stationäre Tankanlage zu einer Verpuffung mit Brandfolge. Der Tanklastzug wurde vollständig zerstört und der stationäre Bitumentank erheblich beschädigt.

Es entstand Sachschaden in Höhe von ca. 200 000,- Mark (ohne Abstimmung mit der Staatlichen Versicherung der DDR).

Die Untersuchungen, insbesondere zur Feststellung der Ursachen der Verpuffung, werden durch die Deutsche Volkspolizei fortgesetzt.

- Am 28. September 1989 geriet eine Scheune der LPG (P) Bernburg-Nord in Bernburg/Halle in Brand, wodurch das Gebäude und eingelagerte Trockenwaren (290 t Pfefferminz, 25 t Spitzwegerich) vernichtet wurden.

Es entstand Sachschaden in Höhe von ca. 2,3 Mio Mark, darunter ca. 1,8 Mio Mark an Trockenware (nach Abstimmung mit der Staatlichen Versicherung der DDR).

Die weitere Bearbeitung erfolgt im Zusammenwirken mit der Deutschen Volkspolizei.

- Am 1. Oktober 1989, gegen 21.15 Uhr, geriet auf dem Gelände der Landwirtschaftsausstellung "agra" in Markkleeberg/Leipzig ein Ausstellungspavillon in Brand. Das Objekt sowie Bilder einer Kunst-/Bilderausstellung zum Thema "40 Jahre Landwirtschaft in der DDR" wurden beschädigt.

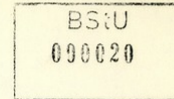
Über die Höhe des eingetretenen Sachschadens liegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine konkreten Hinweise vor.

Die weitere Bearbeitung erfolgt durch die Deutsche Volkspolizei.

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

ANLAGE 1

2. Oktober 1989



HINWEIS

zum Stand der Realisierung und Sicherung der Inbetriebnahme der Investitionsvorhaben zu Ehren des 40. Jahrestages der Gründung der DDR

Entsprechend zentraler Beschlüsse wurde festgelegt, zu Ehren des 40. Jahrestages der Gründung der DDR insgesamt 59 Investitionsvorhaben fertigzustellen und in Betrieb zu nehmen.

Nach vorliegenden Einschätzungen wurde bzw. wird mit großen Anstrengungen an der Realisierung der geplanten Zielstellungen gearbeitet.

Trotz teilweise vorhandener Probleme bei der materiell-technischen Sicherung und technologischen Beherrschung einzelner Vorhaben ist die Inbetriebnahme von 53 der vorgenannten Investitionsobjekte gesichert, wobei für 46 der Dauerbetrieb und für 7 die Aufnahme des Probebetriebes vorgesehen ist.

Mit diesen 53 Investitionsvorhaben sind folgende ökonomische Zielstellungen verbunden:

Zuwachs IWP:
2,3 Mrd. Mark (PB-Beschluß 3,9 Mrd. Mark)

Zuwachs SW-Export:
251,4 Mio Mark VGW (PB-Beschluß 230 Mio Mark VGW)

Zuwachs NSW-Export:
121,0 Mio VM (PB-Beschluß 168 Mio VM)

NSW-Importablösung:
91,1 Mio VM (PB-Beschluß 98,0 Mio VM).

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

BSU
000021 2

Die Realisierung von weiteren 6 der insgesamt 59 Investitionsobjekte ist auf Grund von Problemen bei der materiell-technischen Sicherung jedoch nicht möglich.

Das betrifft die Vorhaben:

VEB Braunkohlenkombinat Senftenberg, Tagebau Jänschwalde
Umstellung von Zug- auf Bandbetrieb

VEB Carl Zeiss Jena Forschungszentrum, Mikroelektronik Dresden
3. Ausbaustufe ZVE-kundenspezifische Schaltkreise, Reinraum 3

Automatisierter Fertigungsabschnitt für Großgetriebegehäuse- und
Räderfertigung im VEB Getriebewerk Penig

VEB Plastmaschinenwerk Schwerin, Automatisierungsvorhaben
bedienungsarmer Fertigungsabschnitt für lange rotationssymmetrische
Teile

VEB Kombinat Oberbekleidung Berlin
Neubau Produktionsgebäude Marzahn

VEB Thüringer Behälterglas Schleusingen
Rekonstruktion Hütte 2

(Vorgenannte Objekte erscheinen im Beschluß des Ministerrates "Vorschlag über die Inbetriebnahme von Investitionsvorhaben zu Ehren des 40. Jahrestages der Gründung der DDR durch Mitglieder und Kandidaten des Politbüros des ZK der SED" vom 6. September 1989 bereits nicht mehr.)

Internen Hinweisen zufolge bestehen bei fünf in den Dauerbetrieb zu überführenden Investitionsvorhaben noch ungelöste Probleme.

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

BSU
000022

3

Dazu im einzelnen:

Die Fließlinie für Baukeramik im Kombinatbetrieb Fliesen- und Sanitärkeramik Boizenburg (Wandfliesenproduktion) wird die angestrebten ökonomischen Effekte mit der Inbetriebnahme 1989 nicht voll erreichen. Offenkundig trugen dazu die Überschätzung der Möglichkeiten des betrieblichen Eigenrationalisierungsmittelbaus sowie die ungeklärte Arbeitskräftesituation an der Fließlinie bei.

Die Gewächshausanlage Greifswald im VEG Gartenbau Greifswald erreicht vorerst nicht die ökonomischen Parameter (u. a. geplante Erträge pro Quadratmeter - insbesondere bei Tomaten). Als eine wesentliche Ursache wird das nicht ausreichende Qualifikationsniveau der eingesetzten Kader angesehen.

Die flexible rechnerintegrierte Fertigung von Gehäuseteilen im VEB Pumpenfabrik Oschersleben wird nicht den geplanten Warenproduktionszuwachs von 39,8 Mio Mark für 1989 erreichen (Unterschreitung um 13,4 Mio Mark IWP). Ursachen für diese Differenzen liegen im veränderten Pumpensortiment. Die geplante Anzahl von Pumpengehäusen wird jedoch bearbeitet.

Im VEB Kombinat Polygraph "W. Lamberz", Stammbetrieb Leipzig, Automatisierte Teilefertigung - Stahllager/Zuschnitt beginnt der Probetrieb des Vorhabens voraussichtlich termingemäß, jedoch mit unvollständiger Ausrüstung auf Grund nicht termingemäßer Bestellung von Ausrüstungen und verspäteter Lieferung eines Bearbeitungszentrums der Fa. Traub/BRD aus Embargogründen.

Die Fertigstellung des Neubaus "Fernsprech-Ortsvermittlungsstelle 20 Berlin-Mitte" muß wegen im Verlaufe der gesamten Bauzeit zu verzeichnender Baurückstände - und deshalb erforderlicher Überarbeitung der Grundsatzentscheidung im November 1988 - in zwei Bauabschnitten erfolgen. Die vollständige Inbetriebnahme wird voraussichtlich erst im März 1990 möglich sein.

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

BS:U
000023 4

Durch das Ministerium für Chemische Industrie wurde vorgeschlagen, zusätzlich drei weitere Investitionsvorhaben zu Ehren des 40. Jahrestages der Gründung der DDR in Betrieb zu nehmen (Rationalisierung der Spretacartproduktion im VEB Spretawerk Spremberg, TPU-Granulator im VEB Synthesewerk Schwarzheide, Reifenwerk Dresden/Karrenreifen und -luftschläuche).

Neben den vorgesehenen Investitionsvorhaben zu Ehren des 40. Jahrestages der Gründung der DDR werden darüber hinaus wichtige Aufgaben des Planes Wissenschaft und Technik abgerechnet, die mit hoher volkswirtschaftlicher Effektivität produktionswirksam werden. Das betrifft u. a. Aufgaben der Konsumgüterproduktion wie:

- Dynamischer Miniaturkopfhörer/Keramische Werke Hermsdorf
- Stereoradiorecorder SKR 1 000/Sternradio Berlin
- Spiegelreflexkamera mit erhöhtem Gebrauchswert/PENTACON/Zeiss
- Farbfernseher mit digitalem Abstimm- und Anzeigensystem/ROBOTRON, Rundfunk und Fernsehen.

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

	BSU 000024
<u>ANLAGE 2</u>	2. Oktober 1989
<p>HINWEIS</p> <p>zu Problemen im Zusammenhang mit Service- und Instandhaltungsleistungen an Personenkraftwagen</p>	
<p>Nach dem MfS vorliegenden Hinweisen konnte bei der Versorgung der Bevölkerung mit Service- und Instandhaltungsleistungen an Personenkraftwagen bisher keine prinzipielle Verbesserung der Lage auf diesem Gebiet erreicht werden. Trotz der seit 1987 realisierten jährlichen Leistungssteigerungen von durchschnittlich 9,4 % sind zunehmend Rückstände eingetreten.</p>	
14	<p>Experteneinschätzungen zufolge liegen die Ursachen dafür vor allem in der Differenz zwischen dem zur Verfügung stehenden Ersatzteilaufkommen und den realen Erfordernissen für Service- und Instandhaltungsleistungen an Personenkraftwagen.</p>
2	<p>Diese Erfordernisse ergeben sich aus dem insgesamt hohen Durchschnittsalter des Pkw-Bestandes in der DDR, wodurch ca. 75 % der bereitgestellten Ersatzteile für Fahrzeuge, die älter als 10 Jahre sind, eingesetzt werden müssen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bereits seit mehreren Jahren ungleich weniger Pkw ausgesondert als neu zugeführt werden, wodurch das Durchschnittsalter der Pkw ständig weiter anwächst. Der Ersatzteilbedarf z. B. bei Verschleiß- und Karosserieteilen nimmt dadurch jährlich um 10 bis 15 % zu, während demgegenüber die Bereitstellung derartiger Teile pro Jahr lediglich um 5 bis 7 % erhöht wird.</p>
<p>Ein weiter zu beachtendes Problem besteht in der nicht den staatlichen Vorgaben entsprechenden Zuführung von Arbeitskräften für Kraftfahrzeug-Instandhaltungs-Betriebe aller Eigentumsformen. Der vorgesehene Zuwachs von 8 900 Arbeitskräften im Verlauf des Fünfjahrplanes wurde per 31. Dezember 1988 lediglich zu etwa 32 % realisiert.</p>	

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 2-37

Blatt 24

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

BSU
000025

2

Entsprechend vorliegender Einschätzungen der Vorsitzenden der Räte der Bezirke ist für das Jahr 1989 mit Leistungsausfällen wegen fehlender Ersatzteile in Höhe von ca. 40 Mio Mark und wegen fehlender Arbeitskräfte in Höhe von ca. 36 Mio Mark zu rechnen.

Zusätzliche Belastungen für das Arbeitsvermögen und den Ersatzteelfonds ergeben sich darüber hinaus aus der unzureichenden Qualität der Neufahrzeuge, wodurch vielfach Garantieleistungen sowohl an Inland- als auch an Importfahrzeugen in großem Umfang notwendig sind. Dies wiederum führt verstärkt zu abfälligen Diskussionen der Werktätigen.

Die geschilderte Situation spiegelt sich nicht zuletzt in der verstärkten Eingabentätigkeit der Bürger (Erhöhung der Anzahl von Eingaben an das Ministerium für Verkehrswesen von 1984 bis 1988 auf 452 %; bis Ende 1989 wird mit einem Anstieg auf 680 % gerechnet) aber auch in einem zunehmend schärferen und aggressiveren Auftreten der Bürger gegenüber dem Kundendienstpersonal wider.

Durch den Minister für Verkehrswesen wurden dem Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Genossen STOPH, und dem 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Genossen KLEIBER, ausführliche Analysen zu Problemen der Ersatzteilversorgung und Instandhaltung im Pkw- und Nkw-Bereich übergeben.

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

ANLAGE 3		2. Oktober 1989	BSU 000026
<p>Weiterer Hinweis Über feindlich-negative Aktivitäten gegen den Bau des Reinstsiliziumwerkes Dresden im Zusammenhang mit einem Fürbittgottesdienst in der Auferstehungskirche in Dresden-Plauen</p>			
<p>Am 1. Oktober 1989 wurde ein weiterer, gegen den Bau des Reinstsiliziumwerkes Dresden-Gittersee gerichteter Fürbittgottesdienst in Anwesenheit von ca. 2 300 Personen in der Auferstehungskirche in Dresden-Plauen durchgeführt.</p>			
<p>Bereits in Vorbereitung war zur damit verbundenen Zielstellung bekannt geworden, eine noch größere Massenbasis und Wirksamkeit gegen den Bau des Reinstsiliziumwerkes zu erreichen und diese Veranstaltung darüber hinausgehend dafür zu nutzen, über "andere Probleme zu informieren".</p>			
<p>Im Veranstaltungsverlauf sprach sich der hinlänglich bekannte Superintendent [REDACTED] unter Bezugnahme auf religiöse Inhalte erneut gegen dieses Vorhaben aus. Superintendent [REDACTED] informierte über Ergebnisse bisheriger Gespräche mit den staatlichen Organen und verlas die Antwort des Staatssekretärs im Ministerium für Elektrotechnik/Elektronik, Gen. [REDACTED], auf die Eingabe der Superintendenzen der drei Dresdner Kirchenbezirke vom Juni 1989. Darüber hinaus wurde von ihm die Forderung des Einsatzes einer "unabhängigen Kommission" zur Überprüfung der Arbeit des Ministeriums für Elektrotechnik/Elektronik und zur Entscheidung des Standortes Gittersee erhoben.</p>			
<p>In den Ausführungen der Leiterin des Ökologischen Arbeitskreises der genannten Kirchenbezirke, [REDACTED], wurden - neben der Wiederholung ihrer "Argumentation" gegen das Vorhaben - auch die Richtigkeit der bisherigen Presseveröffentlichungen und der Antwort Staatssekretärs [REDACTED] in Zweifel gezogen (Löschbarkeit von Trichlorsilan, Gefährdung der Umwelt im Havariefall, Standortentscheidung im Interesse der Arbeitskräfte der SDAG Wismut.)</p>			

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

BSU
000027
12

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung äußerte sich Superintendent [REDACTED] über generelle Fragen des Verhältnisses der Menschen zu ihrem Staat und über gegenseitiges Vertrauen.

Er brachte zum Ausdruck, daß diejenigen, die die Macht übernommen haben und ausüben, nicht in den Fehler ihrer Vorgänger verfallen dürfen, sonst müßte die Machtfrage erneut gestellt werden.

Nach Abschluß des Fürbittgottesdienstes kam es in der Öffentlichkeit zu keinen Vorkommnissen.

Entsprechenden Hinweisen von [REDACTED] verblieben ca. 800 Personen in dieser Kirche zur Fortsetzung des Gespräches und Beantwortung von Einzelfragen.

Dabei kam es - neben der Behandlung von technischen, ökonomischen und juristischen Problemen - von einschlägig bekannten Personen zu Verleumdungen der Schutz- und Sicherheitsorgane über deren angeblich gewalttätiges Vorgehen gegen die Fürbittgottesdienste in der Paul-Gerhardt-Kirche Dresden-Süd.

Innerhalb dieser Gesprächsrunde erfolgte u. a. auch die Aufforderung zur "Gründung einer Bürgerinitiative Dresden" innerhalb der oppositionellen Sammlungsbewegung "Neues Forum" und die Verteilung entsprechender "Thesen" (geplanter Termin der Gründung 8. Oktober 1989 in der evangelischen Kirche Leubnitz-Neuostra).

Darüber hinaus wurden Exemplare der von der Arbeitsgruppe Menschenrechte Leipzig herausgegebenen Zeitung "Forum für Kirche und Menschenrechte" verkauft.

Die vorbeugend eingeleiteten Maßnahmen der Schutz- und Sicherheitsorgane, der Einsatz gesellschaftlicher Kräfte und die gezielte Öffentlichkeitsarbeit in der Presse erwiesen sich als zweckmäßig zur Gewährleistung von Ordnung und Sicherheit außerhalb der Kirche Dresden-Plauen.

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

BSU
000028

ANLAGE 4 2. Oktober 1989

HINWEIS
über eine Zusammenrottung von jugendlichen/jungerwachsenen Personen am 30. September 1989 auf dem Holzmarkt in Arnstadt/Erfurt

In den Nachtstunden vom 19. zum 20. September 1989 waren von bisher unbekannten Tätern im Stadtgebiet von Arnstadt/Erfurt Hetzblätter verteilt worden mit einem "Aufruf zur friedlichen Kundgebung gegen die willkürliche Politik der SED am Sonnabend, den 30. 9. 1989 um 14.00 Uhr auf dem Holzmarkt".

Im Ergebnis eingeleiteter Sicherungsmaßnahmen wurde festgestellt, daß sich am 30. September 1989, in der Zeit von 14.00 bis 14.15 Uhr auf dem genannten Holzmarkt ca. 300 jugendliche/jungerwachsene Personen, darunter bekannte Antragsteller auf ständige Ausreise, zusammenrotteten.

Es entwickelte sich zwischen diesen Personen und einer hinzugekommenen namentlich bekannten Ärztin in der Kreispoliklinik Arnstadt (Leiterin eines kirchlichen Hauskreises) eine Diskussion insbesondere über die Versorgungssituation in der DDR sowie über Ausreiseprobleme, wobei die genannte Ärztin den anwesenden Personenkreis aufforderte, in der DDR zu verbleiben und an der Seite der SED und der Staatsorganer Veränderungen durchzusetzen.

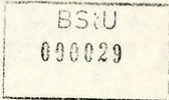
Einzelne bekannte Antragsteller versuchten, in provokatorischer Weise ihre Ausreiseabsicht öffentlichkeitswirksam zu bekunden, was durch anwesende gesellschaftliche Kräfte unterbunden werden konnte. Gegen 15.45 Uhr löste sich die zu diesem Zeitpunkt lediglich noch ca. 100 Personen umfassende Ansammlung auf.

Zu provokatorisch-demonstrativen Aktivitäten kam es nicht, weshalb ein Einsatz volkspolizeilicher Kräfte nicht erforderlich war.

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

ANLAGE 5

2. Oktober 1989


BSU
000029

HINWEIS

über im Zeitraum vom 2. Oktober bis 8. Oktober 1989 beabsichtigte Einreisen von Persönlichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Lebens sowie von Reisegruppen der BRD und Westberlins in die DDR

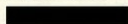

Noch aufenthältlich in der DDR sind:

28. September bis 10. Oktober 1989

- , Mitglied des Bundestages/CDU der BRD zum besuchsweisen Aufenthalt bei der DDR-Antragstellerin (48, Invalidenrentnerin) in Halle.

In die DDR einzureisen beabsichtigen:

2./3. Oktober 1989

Reisegruppe (59 Personen, darunter 38 Mitglieder der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin (West); unter ihnen der  und der  zum touristischen Aufenthalt nach Dresden und Meißen.

Entsprechend dem bestätigten Programm sind am 2. Oktober 1989 Gespräche in der Bezirksleitung der SED Dresden vorgesehen.

3. Oktober 1989

Reisegruppe (11 Personen, sämtlich Angehörige der Polizei von Berlin (West) zu einem touristischen Tagesaufenthalt in die Hauptstadt der DDR, Berlin.

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

BSU 000030	2
---------------	---

3. Oktober 1989

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und Landesvorsitzende der CDU von Nordrhein-Westfalen, Dr. BLÜM, Norbert/54, zum Tagesaufenthalt in die Hauptstadt der DDR, Berlin. (Vorliegenden Hinweisen zufolge ist u. a. die Teilnahme des BLÜM an einem Essen im Palasthotel vorgesehen, das von dem am 3./4. Oktober 1989 im Grand-Hotel aufenthaltlichen Bundespräsidenten a. D., SCHEEL, Walter (70), FDP, für Mitglieder der anlässlich der "Berliner Festtage" in Berlin gastierenden Düsseldorfer Staatsoper gegeben wird.)

3. Oktober 1989

Der Regierende Bürgermeister und Vorsitzende der SPD von Berlin (West), MOMPER, Walter/44, in die Hauptstadt der DDR, Berlin. Vorliegenden Hinweisen zufolge beabsichtigt MOMPER am Grab von Carl von OSSIETZKY anlässlich dessen 100. Geburtstages auf dem Friedhof Buchholzer Straße einen Kranz niederzulegen.

5./6. Oktober 1989

Das Mitglied des Landtages Hessen/CDU der BRD, LENGEMANN, Jochen/51, zum touristischen Aufenthalt als Einzeltourist in Magdeburg.

7. bis 23. Oktober 1989

Das Mitglied des Landtages Hessen/CDU der BRD, SEITZ, Ingeborg/65, zum besuchsweisen Aufenthalt bei der DDR-Antragstellerin (64, Rentnerin) in Beckendorf/Oschersleben.

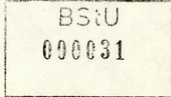
7. Oktober bis 5. November 1989

Das Mitglied des Abgeordnetenhauses/CDU von Berlin (West), SCHLICHT, Irina-Cornelia /35, zum besuchsweisen Aufenthalt bei der DDR-Antragstellerin (36, Mitarbeiterin der Staatlichen Kunstsammlung Dresden) in Dresden.

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

ANLAGE 6

2. Oktober 1989

BSU
000031

HINWEIS

zum Stand der Durchsetzung der gemäß zentraler Entscheidung festgelegten Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung des Mißbrauchs von Reisen von Bürgern der DDR nach der und durch die Ungarische VR zum ungesetzlichen Verlassen der DDR

Seit dem Inkrafttreten der festgelegten Maßnahmen (15. September 1989) wurden bis 30. September 1989 durch Bürger der DDR bei den zuständigen Dienststellen des Paß- und Meldewesens der Deutschen Volkspolizei insgesamt

38 700 Anträge

auf Reisen nach der Ungarischen VR (33 096 - das entspricht 85,5 %), VR Bulgarien und der SR Rumänien gestellt.

(In der Berichtswoche waren 8 402 diesbezügliche Anträge gestellt worden. Das entspricht im Vergleich zur Vorwoche einem Rückgang um fast 22 000 Anträge bzw. 72 % weniger Anträge. Diese Entwicklung ist im wesentlichen jahreszeitlich bedingt.)

Durchschnittlich entfallen ca. 42 % der diesbezüglichen Anträge auf Bürger in der Altersgruppe 18 bis 26 Jahre und ca. 31 % auf Bürger der Altersgruppe 27 bis 40 Jahre.

Im Zeitraum seit dem 15. September 1989 wurden 28 349 Genehmigungen für Reisen nach der Ungarischen VR (24 394), der VR Bulgarien (2 689) und der SR Rumänien (1 266) erteilt.

(Mit Stand vom 30. September 1989 sind insgesamt 60 848 Bürger der DDR im Besitz einer Genehmigung - Reiseanlage PM 105 - für die Durchführung einer Reise in die Ungarische VR, VR Bulgarien und SR Rumänien.)

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

BSU 000032	2
---------------	---

Seit dem 15. September 1989 wurden unter Zugrundelegung der entsprechenden Kriterien insgesamt 7 451 Anträge abgelehnt und 624 bereits erteilte Genehmigungen (Reiseanlagen PM-105) von den Bürgern wieder eingezogen.

56,5 % der ausgesprochenen Ablehnungen und 47,7 % der eingezogenen PM 105 betreffen Bürger, die Anträge auf ständige Ausreise gestellt haben bzw. zu deren diesbezüglichen Anträgen die Ablehnung ausgesprochen worden war.

Gegenüber den betroffenen Bürgern wurde die Ablehnung der Anträge gemäß §§ 13 - 15 der Verordnung über Reisen von Bürgern der DDR nach dem Ausland (RVO) vom 30. November 1988 begründet; davon

3 900 Ablehnungen zum Schutz der nationalen Sicherheit,

1 265 Ablehnungen zum Schutz der Landesverteidigung,

1 601 Ablehnungen auf Grund des Vorliegens von Versagungsgründen gemäß § 14 (1) RVO,

665 Ablehnungen auf Grund des nicht ausreichend gewährleisteten Rechtsschutzes für Bürger der DDR während ihres Auslandsaufenthaltes.

Bisher wurde gegen 904 ausgesprochene Ablehnungen (= 12,2 % aller ausgesprochenen Ablehnungen) das in der RVO eingeräumte Rechtsmittel der Beschwerde eingelegt.

An der Grenzübergangsstellen der DDR zur CSSR bzw. am Flughafen Berlin-Schönefeld wurde seit dem 15. September 1989 934 Bürgern der DDR auf Grund des Vorliegens von Verdachtshinweisen auf den Mißbrauch erteilter Reisegenehmigungen zum ungesetzlichen Verlassen der DDR die Ausreise aus der DDR nicht gestattet und die Durchführung von Verdachtsprüfungshandlungen veranlaßt.

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

BSU
000033 3

Mit Stand vom 1. Oktober 1989 wurden in Durchsetzung der festgelegten Maßnahmen durch die zuständigen Diensteinheiten an den Grenzübergangsstellen der DDR

512 Ausreisesperren und 1 064 operative Fahndungen
eingeleitet.

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

ANLAGE 7

2. Oktober 1989

BSU
000034

STRENG GEHEIM

Hinweise
zum vorläufigen Stand und zu den Entwicklungstendenzen von
Antragstellern auf ständige Ausreise nach der BRD und West-
berlin
(ohne Alters- und Invalidenrentner)

Berichtswoche: 25. 9. - 1. 10. 1989

Seit dem 1. Januar 1989 wurden durch die zuständigen Organe
Inneres der Räte Anträge auf ständige Ausreise nach der
BRD bzw. Westberlin für insgesamt 162 462 Bürger der DDR
entgegengenommen.
Davon reichten in der Berichtswoche 3 888 (4 220)^x Bürger
der DDR ihre Anträge bei den zuständigen Organen Inneres
ein.
Die meisten Antragsteller wurden bisher registriert in den
Bezirken Dresden/31 181 Personen, Karl-Marx-Stadt/25 960,
Berlin/21 201 und Leipzig/20 197.

Im Ergebnis der Gesprächsführung konnte seit dem 1. Januar 1989
bei 3 163 Antragstellern die Abstandnahme von ihrem Vorhaben
der ständigen Ausreise erreicht werden, davon 173 (175)
in der Berichtswoche.

Im Rahmen der Bearbeitung wurden seit dem 1. Januar 1989
auf der Grundlage der RVO die Ausreiseanträge von 26 057 Bürgern
der DDR abgelehnt, davon 610 (718) in der Berichtswoche.

^x Klammerzahlen beziehen sich auf die Vorwoche

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

BSU 000035	2
---------------	---

Mit Genehmigung der zuständigen staatlichen Organe der DDR sind seit dem 1. Januar 1989 73 145 Bürger der DDR für ständig nach der BRD bzw. Westberlin ausgereist, davon 2 834 (2 598) in der Berichtswoche.

Die Ausgereisten waren vorrangig wohnhaft in den Bezirken Dresden/13 162 Personen, Karl-Marx-Stadt/13 010, Berlin/10 886 und Leipzig/9 601.

(Bezirkliche Aufschlüsselung zu Antragstellern, Abständnahmen, Ablehnungen von Anträgen und realisierten Ausreisen siehe Anhang).

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 2-37

Blatt 35

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

Anhang				
Statistische Übersicht (Personen)				
Zeitraum: 1. 1. 1989 bis 1. 10. 1989				
	entgegengenom- mene Ausreise- anträge	Abstandnahmen	Ablehnungen	Ausreisen
Berlin	21 201	432	2 649	10 886
Cottbus	5 021	107	958	1 705
Dresden	31 181	478	7 961	13 162
Erfurt	10 596	233	1 826	4 475
Frankfurt/O.	4 094	104	849	1 661
Gera	11 107	210	972	5 832
Halle	10 929	233	1 392	4 722
K.-M.-Stadt	25 960	518	2 064	13 010
Leipzig	20 197	336	855	9 601
Magdeburg	4 860	118	2 152	1 241
Neubrandenburg	1 561	35	444	627
Potsdam	7 785	173	1 697	2 992
Rostock	3 930	69	1 327	1 673
Schwerin	2 286	45	576	893
Suhl	1 754	72	335	665
gesamt	162 462	3 163	26 057	73 145

Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 4599, Bl. 2-37

Blatt 36

Wochenübersicht Nr. 40/89 vom 2. Oktober 1989

BSU 000037

Anlage 8 2. Oktober 1989

Übersicht
zum Stand der Bearbeitung von Rückkehrwünschen ehemaliger
DDR-Bürger (Zeitraum: 1. 1. bis 30. 9. 1989)

Dem MfS liegen Rückkehrwünsche von 297 (157)¹ ehemaligen
DDR-Bürgern zur Bearbeitung und Entscheidung vor. (Zugang
im September 41 (31) Personen). Zu den Rückkehrwünschen der
297 ehemaligen DDR-Bürger wurden bisher folgende Entschei-
dungen getroffen:

- Rückkehr stattgegeben	92 (30) Personen
. davon bereits in die	
DDR zurückgekehrt	29 (10) Personen
- Albehnung der Rückkehr	117 (67) Personen
- noch in interner Prüfung	84 (58) Personen
- schriftliche Rücknahme des Rückkehrwunsches	4 (2) Personen

Übersicht
über die Anzahl der Personen, die nach ungesetzlichem Grenz-
übertritt in die DDR zurückgekehrt sind

Im Zeitraum vom 1. 1. bis 30. 9. 1989 kehrten 313 (137) Per-
sonen nach vorherigem ungesetzlichen Verlassen der DDR in
die DDR zurück. Darunter sind 123 Personen, die über die
UVR die DDR ungesetzlich verlassen haben.
Unter den insgesamt zurückgekehrten Personen befinden sich
48 (45) Hochschul- bzw. Fachschulkader.

¹ Klammerwerte sind Vergleichswerte des Vorjahres.